Gericht befasst sich mit NRW-Kommission zu Islamunterricht

14. November 2022



Düsseldorf (KNA) Das Verwaltungsgericht Düsseldorf verhandelt am 14. Dezember über eine Klage des Zentralrats der Muslime gegen das Land Nordrhein-Westfalen. Der Verband will an einer Kommission zum islamischen Religionsunterricht in NRW beteiligt werden, die unter anderem über Unterrichtsinhalte mitbestimmt. In dem Verfahren wird das Land vom Schulministerium vertreten.

Laut Gerichtsangaben von Freitag geht die Landesregierung davon aus, dass der Zentralrat nicht die Voraussetzungen erfüllt, um Mitglied des Gremiums zu sein – nämlich „dass die islamische Organisation die Gewähr dafür bietet, eigenständig und staatsunabhängig zu sein und die Verfassungsprinzipien, die Grundrechte der Schüler sowie die Grundprinzipien des freiheitlichen Religionsverfassungsrechts des Grundgesetzes zu achten“. Der Zentralrat „pflege Verbindungen zu islamischen Organisationen, die verfassungsfeindliche Tendenzen aufwiesen“.

NRW-Schulministerin Dorothee Feller (CDU) wollte in einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) zu dem laufenden Verfahren nicht Stellung beziehen. Die

Kommission sieht sie durch die Klage nicht beschädigt. „Wir leben in einem Rechtsstaat“, sagte sie. „Da kann man gegen Entscheidungen klagen, egal welcher Art.“

Mitglied des Gremiums ist unter anderem der konservative Moscheeverband Ditib, obwohl die Organisation ihre Beteiligung am Vorgängerbeirat nach Spitzel-Vorwürfen gegen einzelne Ditib-Imame ausgesetzt hatte. „Die Ditib ist einer der größten Verbände in Nordrhein-Westfalen“, sagte Feller zum erneuten Mitwirken des Verbands. „Es gibt viele türkischstämmige Musliminnen und Muslime in unserem Land, die von der Ditib vertreten werden.“

Die Ministerin verteidigte insgesamt die Existenz der Kommission, ohne die das Land den Ausbau des islamischen Religionsunterrichts nicht voranbringen könne. Mit allen teilnehmenden Verbänden habe die Landesregierung Verträge geschlossen, dass diese eigenständig und staatsunabhängig seien und die Verfassungsprinzipien achteten.

© KNA

Beitragsbild: www_slon_pics via pixabay.com

Stand: 17. November 2026